

Die Öffnung der „Freundschaftsgrenze“ – Motive, Verlauf und Folgen der Einführung des pass- und visafreien Grenzverkehrs zwischen Polen und der DDR (1972–1980)



VON
RAFAŁ ROGULSKI

Hauptziel der polnischen Außenpolitik in Bezug auf die DDR war es, die Deutsche Demokratische Republik so eng wie möglich in den sozialistischen Block einzubinden und sie von der Bundesrepublik Deutschland so weit wie möglich abzugrenzen. Diese Zielstellungen wurden sowohl bei bilateralen Kontakten als auch auf dem internationalen Parkett verfolgt. Anfang der siebziger Jahre war der internationale Status der DDR deutlich anders als zehn Jahre später. Sowohl ostdeutsche, als auch polnische Politiker betrachteten die Frage der Anerkennung Ostdeutschlands als eine wichtige gemeinsame Aufgabe der Ostblockstaaten. In dieser Hinsicht ist die Entwicklung und Vertiefung der bilateralen Kontakte Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre als Realisierung dieses politischen Konzeptes zu verstehen. 1972, siebenundzwanzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und elf Jahre nach dem Mauerbau, wurde zwischen der Volksrepublik Polen (VRP) und der Deutschen Demokratischen Republik der visafreie Grenzverkehr eingeführt.

Dass die „Freundschaftsgrenze“ erst Anfang der siebziger Jahre eröffnet wurde, bedeutet nicht, dass früher kein Grenzverkehr stattgefunden hat. Es gab einen solchen, allerdings in viel kleinerem Maße. Ein Teil dieses Grenzverkehrs bildeten polnische Arbeiter, die in der DDR schon in den sechziger Jahren tätig waren. Die DDR, die in den fünfziger Jahren eine Phase der forcierten Industrialisierung durchlief, litt unter einem permanenten Arbeitskräftemangel. Das lag vor allem an großen Verlusten von qualifizierten Arbeitskräften, die in die Bundesrepublik Deutschland abwanderten, was bis zum Bau der Mauer 1961 in Berlin problemlos möglich war. In der zweiten Hälfte der 60er Jahre hatte man sich entschieden, das Problem mit Hilfe ausländischer Arbeitskräfte zu lösen. Schon sechs Jahre vor der Grenzöffnung arbeiteten täglich polnische Pendlerinnen in den Grenzbezirken der DDR und seit 1971 lebten und arbeiteten polnische Werk­tätige in ostdeutschen Betrieben. Es waren allerdings nur einige Tausende.

Die Einführung des pass- und visafreien Reiseverkehrs war nicht die erste aber höchstwahrscheinlich die bedeutendste Entscheidung auf dem Kurs der polnisch-ostdeutschen „Entspannungspolitik“. In der DDR spielten innenpolitischen Gründe dabei eine wichtige Rolle. Ludwig Mehlhorn schrieb, dass die sozialistische Idee in den späten sechziger, frühen siebziger Jahren begann, ihre „moralische Energie und politische Gestaltungskraft“ zu verlieren. Gründe dafür waren einerseits die westliche Entspannungspolitik und andererseits die traurigen Erfahrungen des „Prager Frühlings“ und des Danziger Dezembers. Eine Verbindung zwischen dem Sozialismus und der Demokratie schien nicht möglich. Die Politik der Abgrenzung von der Bundesrepublik Deutschland und dem Westen begrenzte die Reisemöglichkeiten der DDR-Bürger. Die Öffnung der Grenze nach Osten hatte daher eine enorme psychologische Wirkung. Sie sollte den Bürgern beweisen, dass der Westen, zwar langsamer als erwartet, letztendlich aber eingeholt werden konnte.

Vom 1. Januar 1972 an waren es Millionen, die die Grenze aus unterschiedlichen Gründen in beiden Richtungen Jahr für Jahr überschritten. Noch nie zuvor hatte es in der polnisch-deutschen Geschichte einen quantitativ vergleichbaren, zwischenstaatlichen Grenzverkehr gegeben. Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges kam es nunmehr zu massenhaften, wenn auch zumeist oberflächlichen Kontakten zwischen Deutschen und Polen. Angesichts der noch – vergleichsweise – frischen Erinnerung an die Kriegsverbrechen der Deutschen in Polen, an die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus Polen und die Umsiedlung und Vertreibung der Ostpolen in die ehemaligen deutschen Gebiete, sowie die dort anhaltenden Ängste, dass diese Grenzziehung revidiert werden könnte, muss dem Reiseverkehr zwischen der DDR und Polen in den siebziger Jahren große Bedeutung beigemessen werden. Es war in beiden Gesellschaften die erste massenhafte, interkulturelle Erfahrung von Fremden bzw. Fremdheit, sei es aus der Perspektive des Bereisten oder des Reisenden. Die in der DDR kasernierten sowjetischen Streitkräfte hatten diesbezüglich keine vergleichbare Bedeutung.

Das Interesse der DDR-Bürger aus den neuen Regelungen Nutzen zu ziehen und die Grenze zu überschreiten war über alle Jahre der Öffnung der „Freundschaftsgrenze“ deutlich größer, als das Interesse der Polen. Zwar war die absolute Zahl der polnischen Bürger, die in die DDR kamen größer als umgekehrt. Diese Daten lassen sich erst dann richtig vergleichen, wenn man sie jeweils im Verhältnis zur damaligen Bevölkerungszahl betrachtet. Erst dann sieht man, dass z. B. im Jahre 1972, als die Zahl der Reisenden von beiden Seiten am größten war, ungefähr 40% aller DDR-Bürger (6.774.069) einmal nach Polen fuhren, während die DDR „nur“ von 30% aller Polen (10.054.866) in jenem Jahr besucht wurde. In den folgenden Jahren ist der Unterschied noch größer geworden.

Die Gründe für dieses unausgeglichene Interesse am jeweiligen Nachbarn werden in der Doktorarbeit erforscht. Ein Grund ist zweifellos, dass die Reisemöglichkeiten – sowohl aus rechtlichen, als auch aus finanziellen Gründen – ungleich waren. Die Polen hatten deutlich weniger Einkommen. Die Bewegungsfreiheit aber war wesentlich weniger eingeschränkt, was vielen Polen Reisen ins nichtsozialistische Ausland ermöglichte.

Andererseits gab es für Ostdeutsche sehr spezifische Gründe, nach Polen zu reisen, für die es für polnische Bürger kein Pendant gab: Nicht wenige Ostdeutsche nutzten die Möglichkeit, sich in Polen mit westdeutschen Verwandten zu treffen. In den Akten der polnischen Sicherheitsdienste sind hunderte von Schreiben, in denen das Ministerium für Staatssicherheit der DDR durch das polnische Ministerium für Innere Angelegenheiten genau informiert wurde, welche Bürger der DDR auf dem Gebiet der Volksrepublik Polen sich mit Bürgern westlicher Staaten, vor allem der Bundesrepublik Deutschland, getroffen haben.

Aber vor allem in der ersten Phase der Öffnung war einer der wichtigsten Motive Polen zu besuchen, die Möglichkeit, zum ersten Mal seit 1945 ehemalige Wohnorte zu sehen, Friedhöfe zu besuchen, Orte der Kindheit und Jugend den Kindern und Enkeln zu zeigen. Diese Situation war weder für die Polen einfach, die dort seit fast drei Jahrzehnten lebten, noch für die Deutschen, die ihre Häuser und Höfe unter unterschiedlichsten Umständen verlassen mussten. Die älteren Polen, die in diesen neuen Gebieten nicht geboren wurden, hatten das Gefühl, Ihr Haus verlassen zu müssen, schon hinter sich. Deswegen verliefen die Besuche der Deutschen meistens freundlich und manchmal sehr rührend. In der jüngeren Literatur werden Situationen beschrieben, in denen deutsche Besucher polnischen Bewohnern ihrer alten Häuser symbolisch die über die ganze Zeit bewahrten Schlüssel überreichten. Aus einigen damals geknüpften Bekanntschaften sind Freundschaften geworden. Es war aber nicht immer so. Es gab auch negative Erfahrungen, zum Beispiel, wenn Besucher vom aktuellen Zustand ihre Häuser enttäuscht waren und dies die neuen Besitzer spüren ließen.

In der Dissertation wird auch die Frage über die Bedeutung der Öffnung der Grenze für die Andersdenkenden gestellt. Nachdem Treffen zwischen Deutschen und Polen in den siebziger Jahren einfacher wurden, konnten „die Spezifika nationaler Geschichtserfahrungen, kultureller Prägungen und geistiger Traditionen“ endlich besprochen werden. Dieser heute selbstverständlich anmutende Umstand – sich zu treffen, um etwas besprechen zu können – war damals nicht hoch genug zu schätzen. Der schon erwähnte Ludwig Mehlhorn, der eine Schlüsselfigur für die Kontakte der Andersdenkenden der DDR und Polen war, wies darauf hin, dass gerade in der ersten Hälfte der siebziger Jahre in vielen unabhängigen Kreisen der mitteleuropäischen Länder und der DDR ähnliche Ideen entstanden sind. Einzelne Vertreter der späteren DDR-Opposition waren an diesem Diskurs beteiligt und wurden davon beeinflusst.

Den Sicherheitsdiensten beider Staaten war klar, dass die Kontakte zwischen den unterschiedlich entwickelten oppositionellen Milieus aus Polen und der DDR (manchmal auch aus anderen Ländern, wie der Tschechoslowakei, Ungarn, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Belgien) zu Formen der Zusammenarbeit führen konnten. Die Vertreter dieser Gruppen wurden genau beobachtet und im Rahmen entsprechender Vereinbarungen informierten sich die STASI und die polnische SB gegenseitig über verdächtige Vorkommnisse. Die Geheimdienste führten reiche Korrespondenz und arbeiteten eng zusammen, obwohl das Vertrauen auch Grenzen hatte.

In den späten 70er Jahre formierte sich die Opposition in Polen immer stärker. 1980 kam es schließlich zu Verhandlungen mit der Warschauer Regierung, ein Vorgang, der für die Behörden der DDR undenkbar war. Für die DDR-Führung war das Maß voll. Am 30. Oktober 1980 versprach die DDR „allen wahrhaft polnischen Patrioten (...) bei der Lösung der anstehenden komplizierten Probleme“ Hilfe zu leisten. Als ein Zeichen der uneingeschränkten Unterstützungsbereitschaft, sollten „zeitweilige Veränderungen im privaten Reiseverkehr“ eingeführt werden. De facto sollte die Grenze geschlossen werden. Intern begründete Helmut Müller, Mitglied des ZK der SED den Schritt wie folgt: „Als Genosse Erich Honecker damals im Friedrichstadt-Palast den historischen Vorschlag zur Öffnung der Grenze zu unserem sozialistischen Nachbarland unterbreitete, gab es ja bekanntlich klare Partnerschaft mit der sozialistischen Staatsmacht der Volkspolen. An einen visafreien Verkehr mit konterrevolutionären Elementen als Partner war allerdings nie gedacht. Und das wird im Interesse des proletarischen Internationalismus und zum Schutze der DDR auch in Zukunft nicht der Fall sein.“

Die DDR Staatsmacht wehrte sich gegen das „konterrevolutionäre Polen“ nicht nur nach Außen – durch die Schließung der Grenze und die Bereitschaft, dem Nachbarn eine „brüderliche Hilfe“, wie der Tschechoslowakei zwölf Jahre zuvor, zukommen zu lassen. Die Maßnahmen sollten auch nach Innen, durch eine Desinformationskampagne in der Presse unterstützt werden. Mit den Folgen dieser Kampagne versuchten dann in den achtziger Jahren die einige „Polenspezialisten“ aus der Oppositionellen Kreisen in der DDR zu kämpfen um den Schaden, wo möglich zu begrenzen.

Aufgrund der vorhandenen Literatur, Publizistik, Presse und nach Gesprächen mit Zeitzeugen (u. A. Ludwig Mehlhorn, Wolfgang Templin, Andreas Schönfelder, Bogdan Borusewicz, Władysław Bartoszewski) kann konstatiert werden, dass die Öffnung der Grenze zwischen der DDR und der VRP und die daraus resultierenden Folgen einen bedeutungsvollen und gleichzeitig relativ unerforschten Bereich der deutsch-polnischen Nachkriegsbeziehungen bildet. Die damit verbundenen Erfahrungen sind – wie oben bereits erwähnt – im jeweiligen nationalen Gedächtnis der heute aktiven Generation präsent. Für die Polen war vor allem die materielle Seite (Einkaufen, illegaler Handel) von Bedeutung; für viele junge Ostdeutsche war der Besuch in Polen ein Freiheitserlebnis (u. a. Reise per Anhalter, Begegnung mit moderner und vielfach weniger reglementierter Kunst, Zugänglichkeit zu westlichen Filmen etc.).

Mangelwaren materieller und kultureller Art wurden offiziell und inoffiziell (illegal) zwischen den Gesellschaften „ausgetauscht“.

Andererseits haben die grenzüberschreitenden Kontakte offenbar auch dazu geführt, dass sich nationale Stereotype auf beiden Seiten verfestigten und durch die Führungsgremien der SED und PVAP (etwa bei der Schließung der Grenze 1980) instrumentalisiert wurden. Und schließlich sei hier nochmals auf das subtile Konkurrenz- bzw. Spannungsverhältnis hingewiesen, in welchem die VR Polen und die DDR zu einander bzw. insbesondere zur wirtschaftlich so mächtigen und erfolgreichen Bundesrepublik Deutschland standen. Als westlichster Vorposten der Sowjets und deutscher Halbstaat stand die DDR stets im Schatten ihres großen westlichen Nachbarn, der für die VR Polen (ebenso wie für die DDR) als Handelspartner und Kreditgeber unverzichtbar, politisch jedoch belastet war.

RAFAL ROGULSKI, geb. 1970 in Wrocław (Polen), studierte Kultur- und Politikwissenschaften in Wrocław und in Marburg, Journalist in der Auslandsredaktion der allgemeinen Tageszeitung „Życie“, meritorischer Assistent vom Prof. Władysław Bartoszewski und sein Berater im Politischen Kabinett des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, 2001-2005 II Sekretär in der Abteilung Kultur, Wissenschaft und Öffentlichkeitsarbeit der Botschaft der Republik Polen in Berlin